

„Der Krisenmodus muss enden“

Ylva Johansson, die neue EU-Kommissarin für Migration, setzt vor allem auf Dialogbereitschaft

Interview: Diego Velazquez (Brüssel)

Der Vorschlag der EU-Kommission von Jean-Claude Juncker, wonach Flüchtlinge EU-weit umverteilt werden sollen, löste Spannungen innerhalb der Union aus, die bis heute anhalten. Die Schwedin Ylva Johansson (55) erbt somit einen schwierigen Job. Unter Präsidentin Ursula von der Leyen ist sie nun für den Bereich Migration zuständig. In ihrer Heimat gilt Johansson als lösungsorientiert – und genau diese Haltung wird auch in Brüssel von ihr erwartet.

Ylva Johansson. Migrationspolitik führt seit 2015 zur Spaltung – nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch auf privater. Haben Sie sich auf einen unmöglichen Job eingelassen?

Nein. Ich wollte diesen Job und diesen Zuständigkeitsbereich. Ich wollte den Job, weil es notwendig ist, im Bereich der Migration aus der Blockade zu kommen. Wir zahlen derzeit einen sehr hohen Preis für diese Blockade auf EU-Ebene. Sie führt zum Vertrauensverlust zwischen den EU-Mitgliedstaaten, aber auch zwischen den Bürgern und der Politik – sowohl national als auf EU-Ebene. Und natürlich zahlen Flüchtlinge und Migranten auch einen hohen Preis für unsere Unfähigkeit, Lösungen zu finden.

Apropos: Viele Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Migrationspolitik der EU, weil diese auf Abschottung und Zusammenarbeit mit fragwürdigen Regimes aufbaut. Wie stehen Sie zu dieser Kritik?

Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten ist fundamental. Gleichzeitig müssen wir zu unseren Werten stehen und jenen Menschen Schutz garantieren, die diesen auch brauchen. Dabei hat jeder Schutzsuchende das Recht auf eine regelgemäße, individuelle Asylprozedur. Um dies zu garantieren, müssen wir nun einen neuen Pakt auf EU-Ebene vorlegen. Dabei ist es mein Ziel, Migrationspolitik auf EU-Ebene zu normalisieren. Es wird oft gesagt, EU-Politik sei langweilig – dann sollte Migrationspolitik es auch werden. In anderen Bereichen sind die EU-Staaten nämlich auch gespalten, allerdings kommt es am Ende immer zu einem Kompromiss. Das sollte auch in der Migrationspolitik der Fall sein. Besonders, da Migration ein Phänomen ist, das es immer gab und immer geben wird.

Wie wollen Sie die Debatte auf EU-Ebene weniger emotionsgeladen, dafür aber rationaler führen?

Ich bin derzeit dabei, die verschiedenen EU-Staaten zu besuchen. Dort versuche ich, Regierungs- und Oppositionsparteien zu treffen, aber auch NGOs, um herauszufinden, wie weit ich mit meinem geplanten Vorschlag gehen kann, damit dieser für alle akzeptabel ist. Nur so können wir Fortschritte erreichen und unsere Bevölkerungen beweisen, dass wir die Migration managen. Das ist auch sehr wichtig Rechtspolitiker gegenüber, die behaupten,



Ylva Johansson (55) war in Schweden Arbeitsministerin. Sie gehört dem linken Flügel der dortigen Sozialdemokraten an.

Foto: AFP

ten, dass es unmöglich sei, Migration in den Griff zu bekommen. Ich will dagegen zeigen, dass es durchaus möglich ist.

Ihr Vorgänger, der Grieche Dimitris Avramopoulos, wirkte, als sei er abseits des Geschehens. Auf ihn wurde wenig gehört. Was ist in den vergangenen Jahren schiefgelaufen?

Es ist nicht meine Rolle, auf die Fehler meiner Vorgänger hinzuweisen – vieles wurde von der Vorgängerkommission auch richtig gemacht. Ich glaube, dass es nunmehr Dialog braucht, bevor es zu Reformvorschlägen kommt. Es braucht eine Deeskalation in der Debatte und wir müssen den ständigen Krisenmodus verlassen, den manche in der Migrationsfrage pflegen.

Wie lässt sich das realisieren?

Was ich beim Dialog mit Mitgliedstaaten oft höre, ist, dass wir die Zusammenarbeit mit Drittstaaten fördern müssen. Einerseits, um Menschenhändler zu bekämpfen. Andererseits aber auch, um Abschiebungen besser zu regeln. Die EU-Kommission muss sicherstellen, dass Menschen, die kein Recht auf internationalen Schutz haben, auch in ihre jeweiligen Staaten zurückkehren. Gleichzeitig müssen die legalen Einwanderungswege verbessert werden – sowohl, was die

wanderungswegen Richtung EU zu verschaffen. Es könnte sich demnach um eine Win-Win-Situation handeln – auch für unsere, demografisch alternden Gesellschaften, die in Zukunft auch auf Migration angewiesen sein werden.

Als Spaltpilz galt vor allem die verpflichtende Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU. Was halten Sie von dieser Idee?

Ich bin derzeit dabei, dies mit den Mitgliedstaaten zu diskutieren, und es ist ziemlich klar, dass es sich dabei um eine kontroverse und spaltende Frage handelt. Dabei müssen wir einen neuen Kompromiss finden, um die Situation zu entkräften. Auf der anderen Seite ist es auch notwendig, dass wir einen verpflichtenden Solidaritätsmechanismus aufstellen, um den Staaten an den EU-Außengrenzen zu helfen. Es geht nun darum, eine Balance zwischen Solidarität und Verantwortung zu finden. Das steht im Herzen meines Dialogs mit den EU-Staaten.

Einige Staaten, unter anderem Luxemburg, sagen, dass es ohne verpflichtende Verteilung von Schutzsuchenden keine Lösung geben wird, weil die Staaten an den Außengrenzen sich ansonsten weiterhin alleine gelassen fühlen, und jene Staaten, die an einer freiwilligen Umverteilung teilnehmen, innenpolitisch unter Druck geraten werden. Was ist Ihre Meinung zu diesem Argument?

Ich bin nicht das Problem. Das Problem ist, dass wir eine Lösung finden müssen, die von den Mitgliedstaaten akzeptiert wird. Dafür muss diese ausbalanciert sein. Ich werde derzeit nicht sagen, was ich als ausgewogen ansehe, sondern werde erst einmal den Mitgliedstaaten zuhören.

Sie werden also nicht verraten, ob Sie an einer Flüchtlingsquote festhalten werden oder nicht?

Nein. Wir sind derzeit dabei, dies zu diskutieren. Ich sehe die absolute Notwendigkeit für verpflichtende Solidarität gegenüber den EU-Staaten an den Außengrenzen der Union. Ob diese sich aber durch die Umverteilung von Flüchtlingen ausdrücken muss, das besprechen wir derzeit.

Aber auch das wurde bereits versucht – ohne Erfolg.

Wir werden sehen.

Sie suchen eine Balance. Allerdings gibt es Regierungen in der EU, etwa in Ungarn oder Polen, die überhaupt keine Migration wollen – egal wie ausgewogen die Herangehensweise ist ...

Das Recht auf Schutz ist Teil des Völkerrechts. Ich merke dabei, dass viele Mitgliedstaaten fordern, dass wir besser zwischen Schutzbedürftigen und Wirtschaftsmigranten unterscheiden, was auch richtig ist. Allerdings glaube ich, dass es ebenfalls wichtig ist, legale Wege für jene zu schaffen, die zum Arbeiten hierherkommen und auf der Suche nach einem besseren Leben sind.

Umsiedlung aus Drittstaaten angeht, wie auch für die Arbeitsmigration. Ausgebildete Menschen, die wir ohnehin brauchen, sollten die Möglichkeit haben, legal nach Europa zu kommen. Doch dafür braucht es auch Partnerschaften mit Drittstaaten. Illegale Migration wird auch gestoppt, indem man mehr legale Einwanderungswege schafft. Abschiebungen und Grenzschutz können demnach Hand in Hand mit mehr legalen Einwanderungswegen gehen.

Das klingt ähnlich wie die Pläne der Vorgängerkommission. Was genau ist neu an Ihrer Herangehensweise?

Ich habe noch keine Vorschläge gemacht. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat gesagt, wir sollten von allen Instrumenten Gebrauch machen, die zu unserer Verfügung stehen – das bedeutet, dass wir im Umgang mit Drittstaaten auch Handels- und Entwicklungspolitik benutzen können, damit wir zu Einigungen kommen können.

Es geht also darum, Drittstaaten zunehmend unter Druck zu setzen, damit diese auch kooperieren?

Es geht nicht um Druck, sondern um Partnerschaft. Es geht ja auch darum, Bürgern in Drittstaaten den Zugang zu legalen Ein-

• Grenzschutz und
• Abschiebungen
müssen mit mehr legaler Migration einhergehen.